

Herrn Rolf Wiederkehr  
Vorsitzender des Umweltausschusses  
c/o Gemeinde Senden  
Münsterstraße 30  
48308 Senden



Zur Kenntnis:  
Herr Sebastian Täger

Senden, 04.06.2019

und Herrn Klaus Stephan  
Frau Volmerg

### **Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sehr geehrter Herr Wiederkehr,

im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bitte ich Sie, im Umweltausschuss den folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

#### **Beschlussentwurf:**

Vor dem Hintergrund der drohenden Erderwärmung und der hiermit einhergehenden klimatischen, ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen beschließt der Rat der Gemeinde Senden die Ausrufung des Klimanotstandes. Die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen hat für die Gemeinde Senden damit höchste Priorität bei ihren Entscheidungen und Aktivitäten. Damit unterstützt die Gemeinde Senden auch ausdrücklich das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Folgende Resolution wird beschlossen:

#### Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes:

Der Rat der Gemeinde Senden

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- bekennt sich ausdrücklich zum Pariser Klimaschutzabkommen und stellt fest, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Juni 2019 das

Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil (ähnlich der Frage nach finanzieller Auswirkung). Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden.

- arbeitet die Prioritätenliste des bestehenden Klimaschutzkonzeptes Schritt für Schritt unter Berücksichtigung der neueren Erkenntnisse und Ergebnisse ab. Soweit erforderlich, ist das Klimaschutzkonzept fortzuschreiben.
- fordert den Bürgermeister auf, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit halbjährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der klimaschädlichen Emissionen Bericht zu erstatten.
- fordert auch die gemeindlichen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen.
- fordert auch andere Kommunen, Kreise, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Vorbild der Gemeinde Senden zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere appelliert der Rat der Gemeinde Senden an die Verantwortlichen von Land, Bund und EU, die gesetzlichen Rahmenbedingungen im Sinne der Klimaschutzziele anzupassen, da es unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist, diese auf kommunaler Ebene vollständig einzuhalten.

### **Begründung:**

Die Menschheit hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Nordrhein-Westfalen wird der Klimawandel zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Der Klimawandel ist nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Artenschutz-, Friedens- und soziales Problem. Dabei kann die Lösung dieses Problems nicht alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen, also durch eine individuelle Verhaltensänderung erreicht werden. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zielführende Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung der Erde dauerhaft auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln! Dies muss jedoch unter der Prämisse erfolgen, dass der Prozess sozial ausgewogen abläuft damit er von allen Bevölkerungsgruppen mitgetragen wird und gelingen kann.

Ziel ist es, als Teil der Weltgemeinschaft zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens mit den verfügbaren kommunalen Einflussmöglichkeiten beizutragen. Aktuelle Untersuchungen zeigen allerdings, dass die bisherigen Anstrengungen kaum Wirkung zeigen und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht nennenswert reduziert werden konnte.

Daher ist es richtig, dass junge Menschen auf die Straße gehen, für ihre Zukunft eintreten und eine konsequentere Klimapolitik fordern. Mit *fridays for future* wurde vielleicht zum richtigen Zeitpunkt ein entscheidender Anstoß gegeben, die bisherige Klimapolitik zu überdenken und jetzt wirksame Schritte einzuleiten.

Wir können auf kommunaler Ebene nur einen Teil des klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beeinflussen, da Klimaschutz nicht in rein territorialen Grenzen betrachtet werden kann. Ein großer Teil der durch die Sendener Bürgerinnen und Bürger verursachten Emissionen fällt

weiterhin außerhalb des Gemeindegebietes an (z.B. durch Produktions- und Logistikvorgänge im Bereich Ernährung, Mobilität, Kleidung, Energie). Jedoch kann auch durch gezielte Maßnahmen vor Ort ein nennenswerter Beitrag zum Erreichen des Klimaziels geleistet werden.

Wir setzen uns daher zum Ziel, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss der Maßnahmenkatalog aus dem Klimaschutzkonzept der Gemeinde Senden noch konsequenter abgearbeitet werden. Da das Konzept aus dem Jahr 2012 stammt und inzwischen viele Technologien weiterentwickelt worden sind, ist das Konzept im Hinblick auf seine Aktualität und Wirksamkeit zu überprüfen und ggf. fortzuschreiben. Die Gemeinde Senden hat in den letzten Jahren bereits auf vielen Ebenen klimaschützende Maßnahmen durchgeführt. So sind z.B. Teile des kommunalen Gebäudebestandes modernisiert sowie Photovoltaikanlagen und ein BHKW im Sportpark errichtet worden. Ein großer Handlungsbedarf besteht aber weiterhin insbesondere im Bereich der Mobilität und beim Ausbau von erneuerbarer Energiegewinnung. So kann durch eine Verbesserung des ÖPNV-Angebotes, durch eine gezielte Förderung des Radverkehrs und durch Schaffung der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Errichtung von Windkraftanlagen auch vor Ort ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Aber auch im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung, der Digitalisierung und auf vielen weiteren Ebenen liegen Chancen und Ansatzpunkte für klimaschützende Maßnahmen.

Damit die Umsetzung der Klimaschutzziele überprüft werden können, ist die Einführung eines regelmäßigen Berichtswesens durch den Bürgermeister erforderlich. Ebenso sind alle Handlungen und Beschlüssen der Gemeinde Senden im Hinblick auf ihre Klimawirkung zu überprüfen. Ziel ist es, bei allen Maßnahmen die Auswirkung auf das Klima so gering wie möglich zu halten bzw. Maßnahmen mit höherer Klimafreundlichkeit zu fördern.

Die Gemeinde Senden fordert daneben die Bundes- und Landesregierung auf, ihr Engagement im Klimaschutz zu verstärken. Daneben müssen Bund und Land die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die den Kommunen die Möglichkeit geben, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel einzudämmen.

Mit freundlichem Gruß

Philipp Scholz  
Fraktionssprecher Bündnis 90/Die Grünen  
Jessener Str. 52  
48308 Senden